

Entspannung und Abrüstung im Kalten Krieg

ZEITGESCHICHTE: Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet – Der KSZE-Prozess und die Auswirkungen in Ost und West

VON ROLF STEININGER (*)

Am 1. August 1975 unterzeichneten 35 Staats- und Regierungschefs aus Europa, den USA und Kanada in Helsinki die sogenannte Schlussakte der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). Das bekannteste Bild jener Zeremonie zeigt die Regierungschefs der Bundesrepublik und der DDR, Helmut Schmidt und Erich Honecker, nebeneinander, dann US-Präsident Gerald Ford und Österreichs Bundeskanzler Bruno Kreisky. Diese Sitzordnung folgte dem französischen Protokoll und der französischen Bezeichnung der Teilnehmerländer.

Diese „Schlussakte“ war das Ergebnis von zwei Jahren Verhandlungen von 400 Diplomaten aus 35 Ländern in 2341 Sitzungen. Es umfasste 100 Seiten; ihr Inhalt war – einem österreichischen Vorschlag folgend – in „Körbe“ aufgeteilt.

In Korb 1 ging es um eine Grundsatzklärung im Hinblick auf territoriale Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen.

In Korb 2 um Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik in Europa.

In Korb 3 um freien Austausch von Menschen, Informationen und Meinungen und für Journalisten freien Zugang zu Presse-, Rundfunk- und Fernsehinformationen.

Der finnische Staatspräsident Urho Kaleva Kekkonen sprach in seiner Eröffnungsrede von einem Wendepunkt in der Geschichte Europas: „Wir haben allen Grund zu glauben, dass ei-

ne neue Ära in unseren gegenseitigen Beziehungen anbricht und dass wir zu einer Reise durch Entspannung zu Stabilität und dauerhaftem Frieden aufgebrochen sind.“

Mit am wichtigsten für die Zukunft der KSZE waren aber wohl die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew. Er warnte, dass niemand versuchen dürfe, „aufgrund der einen oder anderen außenpolitischen Erwägung anderen Völkern vorzuschreiben, wie sie ihre inneren Angelegenheiten zu ordnen haben. Das Volk eines jeden Staates – und nur das Volk – hat das souveräne Recht, seine inneren Angelegenheiten selbst zu regeln, seine innerstaatlichen Gesetze selbst zu verabschieden“.

Nicht überall stieß das, was da in Helsinki unterschrieben worden war, auf Gegenliebe. In den USA sorgten sich Bürger baltischer Abstammung, dass mit dem Bekenntnis zur Unverletzlichkeit der Grenzen die Annexion Estlands, Lettlands und Litauens durch die Sowjetunion im Jahre 1940 endgültig besiegelt sei.

Alexander Solschenizyn, der 1974 aus der Sowjetunion ausgebürgert worden war, warf dem amerikanischen Präsidenten Gerald Ford vor, mit seiner Unterschrift „die Völker Osteuropas zu verraten“.

Kaliforniens Gouverneur Ronald Reagan, der seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 1976 gegen Ford vorbereitete, stellte die Vereinbarung mit den kommunistischen Regimes als etwas völlig Unamerikanisches dar: „Ich bin dagegen, und ich denke, dass alle Amerikaner da-



Schnappschuss von der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki.

Gerald R. Ford Library, Ann Arbor

gegen sein sollten.“

In einem Entschließungsantrag der CDU/CSU Bundestagsfraktion wurde die Bundesregierung aufgefordert, das Dokument nicht zu unterzeichnen; dessen maßgebliche Inhalte würden einer „weltweiten Täuschung über die wahre Sicherheitslage in der Welt“ dienen. Entspannungspolitik sei nach östlicher Auffassung ein offensives, ein expansives, ein aggressives Konzept, und dem „stellt der Westen nichts entgegen, nichts, was damit vergleichbar wäre“, wie der Fraktionsvorsitzende Karl Carstens den Antrag vom 12. Juli 1975 im Bundestag begründete.

Hinter verschlossenen Türen des Kreml wurde damals auch

Kritik laut, allerdings aus ganz anderen Gründen. Der langjährige Botschafter der Sowjetunion in den USA, Anatoly Dobrynin, berichtet in seinen Erinnerungen, dass viele Mitglieder des Politbüros „schwere Bedenken“ gehabt hätten, internationale Verpflichtungen einzugehen, „die den Weg zu auswärtiger Einmischung in unser politisches Leben öffnen konnten“.

Die zum Teil sehr widersprüchlichen zeitgenössischen Äußerungen und die spätere Entwicklung kann man besser verstehen, wenn man sich die lange Vorgeschichte dieser Konferenz anschaut. Es fing im Grunde bereits 1954 an, als die Sowjetunion eine europäische Sicherheitskonferenz vorschlug.

Moskau ging es von Anfang an um die Festschreibung der europäischen Nachkriegsordnung – das wurde Korb 1 – und um Wirtschaftsinteressen – Korb 2, dem Westen um Korb 3.

Im Grunde war damit das Ergebnis der Konferenz ein Tauschgeschäft: Korb 1 und 2 für Korb 3, wobei der sowjetische Verhandlungsführer Mendelewitsch die Position Moskaus klarmachte, nämlich: „Die Sowjetunion wird die Schlüssel des Hauses nie aus der Hand geben, nie eine Gefährdung des Regimes zulassen.“

Das wurde in den KSZE-Folgekonferenzen in Belgrad (1977-1979) und Madrid (1980-1983) mehr als deutlich. Die sowjetische Delegation trat

„unverhältnismäßig hart und unflexibel“, auf, wobei sie die „Härte ihrer Argumente bis zum Schluss sukzessive steigerte“, wie der deutsche Delegationsleiter Per Fischer meinte.

Die Entspannungspolitik war damit zwar zunächst gescheitert, aber trotzdem war die KSZE-Schlussakte ein zentrales Dokument, auf das sich die Bürgerrechtsbewegungen in Osteuropa berufen konnten – und blieb damit ein Katalysator für die Hoffnung der Menschen auf mehr Freiheit und Rechte dort. Unabhängig davon hatte das Verhältnis der Großmächte zueinander eine Reflexwirkung auf den KSZE-Prozess – nicht umgekehrt. Das wurde besonders deutlich seit 1985 mit Gorbatschow, dessen Politik letztlich das Ende des Kalten Krieges einläutete.

Die KSZE blieb bestehen. Im Dezember 1994 beschlossen ihre 57 Mitglieder auf der Konferenz in Budapest die Umbenennung in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ – OSZE – mit Sitz in Wien. Wie wichtig sie nach wie vor ist, wird besonders im aktuellen Ostukraine-Konflikt deutlich, wo ihre Beobachter präsent sind und über die Einhaltung des Abkommens von Minsk informieren.

© Alle Rechte vorbehalten



(*) Univ.-Prof. **Rolf Steininger** ist Emeritus für Zeitgeschichte an der Universität Innsbruck. Zu seinen Forschungsgebieten gehören die Geschichte Südtirols sowie die globale zeitgeschichtliche Entwicklung.